

Atomwaffen – eine wachsende reale Gefahr von heute

Von Joachim Schramm

Der Streit um die möglichen Pläne des Iran zum Bau von Atomwaffen aber auch die geplante Stationierung eines Raketenabwehrschildes der USA in Osteuropa haben die Aufmerksamkeit stärker auf die Bedrohung durch Atomwaffen gelenkt. Worin liegen die aktuellen Bedrohungen durch Atomwaffen.

Atomwaffen sind kein Thema von gestern, sie sind eine hochbrisante Bedrohung von heute. 26.000 Atomwaffen (15.000 USA) existieren weltweit, 3.500 davon sind ständig in Alarmbereitschaft. Damit besteht auch 1 ½ Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges ein enormes Risiko des Atomkrieges aus Zufall, durch einen technischen Fehler, durch menschliches Versagen. Auch nach dem Verbot von Atomwaffentest in '96 werden weitere Tests durchgeführt: USA führt sog. Subkritische Tests durch, atomare Schwellenländer wie Pakistan oder Nordkorea testen auch real.

Die großen Atommächte ändern ihre Atomwaffendoktrinen: Anpassung an neue Gegebenheiten, hin zur Einsatzfähigkeit. In den USA laufen Vorbereitungen zur Erneuerung des Atomwaffenbestandes und dem Bau neuer Atomwaffen. Sogenannte Mininukes und Bunker Buster zum angeblich begrenzten Einsatz gegen verbunkerte Ziel sind zum Teil bereits entwickelt, weitere Pläne bestanden, sie hat der Kongress 2004 zunächst auf Eis gelegt. Forschungen zum Ersatz der Trident-Atomsprengköpfe laufen jetzt an.

Neben den offensiven Waffensystemen arbeiten die USA an der Abwehr gegnerischer Angriffe. Ein Raketenabwehrschild soll gegen eventuelle Raketenangriffe Nordkoreas und des Irans installiert werden, u.a. mit Stellungen in Polen und Tschechien. Während es Äußerungen aus dem Umfeld der US-Regierung gibt, eigentliches Ziel sei eine Abschottung gegen chinesische Angriffe, fühlt sich aktuell vor allem Rußland betroffen. Dabei geht es um die nukleare Zweitschlagsfähigkeit, die Rußland durch die Raketenabwehr bedroht sieht. Als politische Konsequenz hat Rußland den KSE-Vertrag zur konventionellen Abrüstung gekündigt und droht aus dem INF-Vertrag von 1987 auszusteigen, der den Verzicht auf atomare Mittelstreckenraketen beinhaltet.

Auch Großbritannien als wichtige Nuklearmacht hat begonnen, ihre Trident-U-Boot-Raketen zu modernisieren. Wenn die USA deren Sprengköpfe durch neue ersetzen, wird dies in Folge bald auch in GB der Fall sein.

Auch die neuen Atommächte rüsten weiter auf. China verfügt über ca. 400 Atomsprengköpfe und ein breites Arsenal an Trägerwaffen, von Bombern über U-Boot-gestützte Raketen hin zu landgestützten Raketen bis zu einer Reichweite von 8.000 km. Bis 2010 soll eine Rakete mit 12.000 km Reichweite zur Verfügung stehen, mit der dann die USA erreicht werden können. Indien verfügt heute über ca. 60 Atomsprengköpfe und über Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 2.000 km. Pakistan verfügt über ca. 20-30 Atomsprengköpfe, die durch Bomber oder Kurzstreckenraketen ins Ziel gebracht werden können. Das Land arbeitet an Langstreckenraketen mit bis zu 4.000 km Reichweite.

Auch Frankreich als alte Atommacht arbeitet an der Modernisierung der Waffen. Das Land verfügt über ca. 230 Sprengköpfe, mit U-Boot-gestützten Raketen und von Flugzeugen abzuschießenden Marschflugkörpern. Zur Zeit wird eine neue Rakete mit 8.000 km Reichweite entwickelt.

Seit 2005 hat Nordkorea offiziell bestätigt, über Atomwaffen zu verfügen. Das Land besitzt Langstreckenraketen mit einer Reichweite von 2.300 km. Entwickelt wird aktuell eine Rakete, die 6.200 km erreichen soll und damit Ziele auf Hawaii und in Alaska.

Der Fall Iran sprengt hier den Rahmen. Daher nur der Hinweis, dass es keinen eindeutigen Beleg gibt, dass Iran an einem militärischen Atomprogramm arbeitet, inwieweit dies in

Zukunft auch angesichts amerikanischer Drohungen dem Land nicht als einige Schutzmaßnahme erscheinen könne, sei dahingestellt.

Obwohl offiziell nie zugegeben, verfügt Israel wohl über bis zu 500 Sprengköpfe. Diese können mit Raketen und Flugzeugen eingesetzt werden, bis zu einer Reichweite von 1.800 km. In den letzten Jahren lieferte Deutschland U-Boote an Israel, die mit nuklearen Marschflugkörpern ausgerüstet wurden.

Mit den größten politischen und militärischen Folgen hängen sicherlich die Entwicklungen in den USA zusammen. Daher hier noch mal zur dortigen Entwicklung. Schon unter Präsident Clinton wurde von der Doktrin Abschied genommen, Atomwaffen nur gegen andere Atomwaffenstaaten einzusetzen. Die neue Doktrin sieht vor, dass auch Staaten mit dem – angeblichen – Besitz von C- und B-Waffen Ziel nuklearer Angriffe sein können (Irak). In 2002 wurde die sogenannte Nuklear Posture Review bekannt, die Überprüfung der geltenden Atomwaffendoktrin. Hierin wurden weitreichende Änderungen vorgenommen. Sie zielen insgesamt darauf, den Einsatz von Atomwaffen möglich zu machen. Hintergrund ist die Zunahme sog. asymmetrischer Kriege, in denen die Gegner meist gar nicht über Atomwaffen verfügen. Einerseits geht es um die „Verkleinerung“ der Waffen (mininukes), um so die Hemmschwelle zum Einsatz zu senken. Sie sollen dann in einem Mix mit konventionellen Waffen auf dem Gefechtsfeld eingesetzt werden. Zur Entwicklung solcher Waffen wird auch die Wiederaufnahme realer Atomwaffentest erwogen. Außerdem wird der präventive Einsatz von Atomwaffen in Betracht gezogen, also dann, wenn man einen gegnerischen Angriff nur vermutet. Ebenfalls werden ganz konkrete Ziele von möglichen Angriffen genannt: China, Rußland, Irak, Nordkorea, Iran, Libyen und Syrien. Irak und Libyen sind aus unterschiedlichen Gründen inzwischen nicht mehr aktuell.

Auch für uns in Nordrhein-Westfalen ist die Existenz von Atomwaffen sehr real erfahrbar: Der US-Atomwaffen-Standort Kleine Brogel in Belgien liegt nahe an der Grenze zu NRW, ebenso der Standort Volkel in den Niederlanden. Der US-Atomwaffen-Standort Büchel in Rheinland-Pfalz befindet sich ebenfalls nicht weit von der Landesgrenze entfernt. Hier lagern jeweils 20 Atombomben mit einer Sprengkraft von bis zur 15-fachen Wirkung der Hiroshima-Bombe. Im Rahmen der sogenannten „Nuklearen Teilhabe“ üben in Büchel Bundeswehrpiloten den Einsatz dieser Bomben mit Tornado-Flugzeugen. So ist auch Deutschland in einen möglichen Einsatz dieser Waffen eingebunden.

Gegen diese bedrohlichen Zustände und Entwicklungen gibt es jedoch ein breite Gegenwehr. 2.000 Organisationen aus 90 Ländern der Erde haben sich im Netzwerk „Abolition2000“ zusammengeschlossen und arbeiten an der Abschaffung aller Atomwaffen. Die „Bürgermeister für den Frieden“ (mayors for peace), eine 1982 gegründetes internationales Netzwerk von Bürgermeistern haben 2003 die Kampagne Atomwaffenfrei 2020 gestartet, mit der Vision einer atomwaffenfreien Welt im Jahre 2020. Auch in Deutschland sind diese Kampagnen aktiv, gibt es weitere Aktionen gegen Atomwaffen. Die Kampagne „Unsere Zukunft – atomwaffenfrei“ startete im August 2007 mit dem Ziel, bis 2010 alle Atomwaffen aus Deutschland herauszubekommen

Auszüge aus einem Vortrag vom März 2008. Joachim Schramm ist Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW